



Einbringung Entwurf Haushaltssatzung / Budgetbuch 2024

Rede zur Einbringung des Entwurfs
der Haushaltssatzung / des Budgetbuches 2024
in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 01.02.2024

Carsten Hövekamp
Bürgermeister

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie Sie es gewohnt sind, stellt Ihnen der Bürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung den Haushaltsentwurf vor – und dennoch ist heute alles anders als in den Vorjahren. Anfang Oktober hat der Verwaltungsvorstand entschieden, die für den 19. Oktober geplante Einbringung des städtischen Haushalts in das Jahr 2024 zu verschieben. Diesen Schritt sind wir nicht überhastet oder leichtfertig gegangen, ganz im Gegenteil: Wir haben das Für und Wider abgewogen und mit Blick auf die aktuellen Zahlen sowie die finanzpolitischen Rahmenbedingungen diese Entscheidung getroffen. Rückblickend kann wohl man sagen, dass sie richtig war. Warum? Das möchte ich Ihnen erläutern.

Die Ausgangssituation

Im Haushaltsjahr 2024 können die zu erwartenden Ausgaben nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden – wir gehen von einem Defizit in Höhe von 14,2 Mio. Euro aus. In Kombination mit den zu erwartenden Fehlbeträgen in den kommenden Jahren reicht die städtische Ausgleichsrücklage leider nicht mehr aus. Damit ist laut NRW-Gemeindeordnung ein Haushaltssicherungskonzept, kurz HSK, zu erstellen. Um dieses Konzept sorgfältig und gemeinsam mit Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, erarbeiten zu können, haben wir uns für die Einbringung Anfang 2024 entschieden. Das war aber nicht der alleinige Grund. Hinzu kam die Tatsache, dass sich unsere Stadt – wie auch viele andere Kommunen in NRW und in der Bundesrepublik – in einer finanzpolitischen „Wolke der Unsicherheit und Ungewissheit“ befindet. Einfacher gesagt: Sehr vielen Kommunen steht das Wasser bis zum Hals – doch die Hilferufe blieben bislang ungehört.

Im September des vergangenen Jahres hat der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen eine Stellungnahme veröffentlicht, die für viel Aufsehen gesorgt hat. Ich zitiere im Folgenden Dr. Eckhard Ruthemeyer, den Präsidenten des Städte- und Gemeindebundes:

„Für die kommunalen Haushalte in NRW sieht es düster aus. Die Gründe dafür sind längst bekannt: Das Land gibt den Kommunen seit Jahren nicht die Mittel, die sie brauchen und der Bund weist uns immer neue Aufgaben zu, ohne dafür zu bezahlen.“

Eine Umfrage unter den 361 Mitgliedskommunen in NRW, die der Städte- und Gemeindebund durchgeführt hatte, kam zu einem deutlichen Ergebnis: 40 Prozent der Kommunen rechneten damit, in die Haushaltssicherung zu rutschen. Weitere 23 Prozent der Kommunen konnten ein Haushaltssicherungskonzept nicht ausschließen und keine Prognose abgeben. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, sind nicht nur düster – sie sind erschreckend.

Doch in welchen Ursachen liegt diese Entwicklung begründet? Wirtschaften alle Kommunen schlecht? Dies ist nicht der Fall – zumindest für unsere Stadt kann ich dem entschieden widersprechen. Bereits in meiner Rede zum Haushalt 2023 habe ich vor etwas mehr als einem Jahr das Bild eines Jongleurs benutzt – ein Artist, der eine Vielzahl an Tellern rotierend in der Luft halten muss. Das ist seine Aufgabe, für die er bezahlt wird und die er zu meistern hat. Problematisch wird es, wenn von außen weitere Teller in schneller Folge zu- geworfen werden. Irgendwann wird der Aufwand, alle Teller in der Luft zu halten, zu hoch. Und an diesem Punkt stehen wir aktuell – gemeinsam mit vielen weiteren Kommunen.

Das größte Problem ist dabei, dass unser Handlungsspielraum sehr begrenzt ist, da es sich um kommunale Pflichtaufgaben oder Transferleistungen handelt: Das bedeutet, wir können im besten Fall – und das auch nur selten – über das *Wie*, also die Standards, nicht aber über das *Ob* sprechen.

Ich werde Ihnen im Folgenden drei Beispiele für Positionen nennen, die den Rahmen für den kommunalen Haushalt prägen.

1. Die Unterbringung geflüchteter Menschen

Unsere Stadt hat im vergangenen Jahr 439 geflüchtete Menschen aufgenommen – 2022 waren es sogar 792 Geflüchtete, die zu uns gekommen sind und die wir untergebracht haben. Das ist eine beeindruckende Zahl, auf die ich als Bürgermeister außerordentlich stolz bin. Dülmen ist bunt, Dülmen ist gastfreundlich, Dülmen hilft! Wir können die zu uns kommende Menschen aber nur dann bestmöglich aufnehmen, versorgen und integrieren, wenn

die Kapazitäten nicht überspannt werden. Deshalb fordere ich eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen und eine andere Praxis bei der Zuweisung der Geflüchteten, die auf europäischer Ebene einsetzt. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr zwar die Pro-Kopf-Pauschale erhöht: Das war allerdings lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Kommunen werden nach wie vor mit den Kosten alleine gelassen. 1,4 Millionen Euro haben wir in den vergangenen zwei Jahren beispielsweise für den Kauf von Container-Anlagen und die Einrichtung von Notunterkünften investieren müssen. Wie sich die Zuweisungszahlen und damit die kommunalen Kosten entwickeln werden, ist ungewiss. Prognosen wagt niemand, die Zuweisungen erfolgen in der Regel mit einem Vorlauf von zwei Wochen. Klar ist aber, dass wir unter anderem entsprechende Plätze in Kitas, Schulen oder Sprachkursen vorhalten müssen. Ich denke, ich muss es nicht betonen: Für die Kommunen ist das eine Zerreißprobe, die wir nicht auf Dauer aushalten können. Ich habe deshalb der Bezirksregierung unsere Fläche am Gausepatt als möglichen Standort für eine Zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes vorgeschlagen, um zumindest eine zeitweise Entlastung der städtischen Ressourcen zu ermöglichen. Aber auch das wäre nur ein temporäres Luftholen.

2. Die Baukosten

Egal, ob der Bau einer neuen Kindertageseinrichtung, die Sanierung einer alten Straße oder der Umbau eines Klassenzimmers in der Schule: Die gestiegenen Baukosten und Zinsen treffen uns als Kommune ebenso wie jeden privaten Hausbauer. Klar ist: Wir müssen auch weiterhin in Schulen und Kitas investieren. Aber wir müssen eben auch mit höheren Kosten kalkulieren – und zwar sowohl bei unseren eigenen Projekten als auch bei solchen, die andere für uns realisieren. Zugleich dürfen wir unsere bestehenden Gebäude nicht aus den Augen verlieren. In der Gebäudestrategie haben wir diese aufgelistet und Sanierungsbedarfe aufgezeigt. Auch hier geht es um hohe Summen. Ein Beispiel: Im Haushalt 2024 sind für die Sanierung des CBG-Turnhallendachs beispielsweise 2,5 Millionen Euro hinterlegt. Eine Maßnahme, die dringend geboten und notwendig ist. Jeder, der in den vergangenen Wochen bei den kalten Temperaturen mal in der Halle war, wird das bestätigen. In den kommenden Jahren werden wir weitere hohe Summen in Bestandsgebäude investieren

müssen. Hier müssen Verwaltung und Politik priorisieren und sagen, was noch möglich ist – und was nicht.

3. Tarifabschlüsse und Transferleistungen

Diesen Punkt sehe ich mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Ich freue mich natürlich, dass die Bezahlung der Mitarbeitenden angepasst wurde – sei es in der Verwaltung, in Kindertageseinrichtungen oder in der Jugendhilfe. Die dadurch entstehenden Mehrkosten für den städtischen Haushalt sind allerdings enorm. Denn die Tarifabschlüsse betreffen uns nicht nur direkt, sondern auch indirekt: Personalkostensteigerungen haben auch andere Einrichtungen und Institutionen zu verzeichnen: Träger der Kindertageseinrichtungen, der Offenen Ganztagschule, Partner in der Jugendhilfe, der Kreis Coesfeld oder der LWL. Die steigenden Personalkosten werden weitergereicht und belasten als Transferkosten letztlich die kommunalen Haushalte. Wie gravierend dieser Punkt zu Buche schlägt, verdeutlichen folgende Zahlen: Bei den Personalkosten kalkulieren wir für 2024 ein Plus von 4 Millionen Euro auf dann insgesamt 44 Mio. Euro. Hinzu kommt eine Steigerung der Transferleistungen in Höhe von 8 Millionen Euro. Macht zusammen 12 Millionen Euro Mehrkosten. Man muss kein Mathematik-Professor sein, um zu erkennen: Das können Kommunen in der Größenordnung von Dülmen nicht stemmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

alleine durch diese drei Posten, die ich Ihnen gerade skizziert habe, fallen für den städtischen Haushalt 2024 erhebliche Mehrkosten an, die in dieser Höhe nicht abzufedern sind. Und ich betone es noch einmal: Der Gestaltungsspielraum für uns als Kommunen ist gering, die zu drehenden Rädchen sind klein. Im vergangenen Jahr sind wir knapp an einem Haushaltssicherungskonzept vorbeigeschrammt – auch weil besondere Ausgaben in Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und mit der Corona-Pandemie noch isoliert werden mussten. Diese buchhalterische „Bilanzhilfe“, die an den eigentlichen Zahlen jedoch ohnehin nichts verändert, gibt es für den Haushalt 2024 nicht mehr.

Von Seiten des Landes NRW kamen angesichts der dramatischen finanziellen Situation vieler Kommunen im Herbst Andeutungen, dass durch eine Neuregelung die Auflagen für ein HSK etwas weniger strikt gefasst würden. Auch diese Hinweise waren ein Grund, die Haushaltseinbringung auf Anfang 2024 zu schieben.

Die Verschiebung hat uns in den vergangenen Monaten in die Lage versetzt, in interfraktionellen Arbeitsgruppen über die Zahlen zu beraten und gemeinsam erste Konsolidierungsmaßnahmen zu erarbeiten. An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten schon jetzt für die konstruktive Zusammenarbeit danken. Niemand von uns ist glücklich über diese Zahlen, niemand von uns befasst sich gerne mit möglichen Einsparungen und Kürzungen, die sich letztlich direkt auf städtische Leistungen und Angebote auswirken. Denn so viel ist klar: In den kommenden Jahren wird nicht alles finanzierbar sein, was wünschenswert wäre.

Eine vernünftige Alternative aber haben wir nicht: Das Haushaltssicherungskonzept ist quasi der Anker, den wir auswerfen. Zwar hat das Land NRW in den vergangenen Wochen tatsächlich einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, der den Handlungsspielraum der Kommunen bis zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes minimal erhöhen würde – allerdings helfen uns diese angedachten Anpassungen im Ergebnis nicht. Sollten die geplanten Gesetzesänderungen tatsächlich kommen, könnten wir zwar möglicherweise mit vielen buchhalterischen Kniffen und Umschichtungen ein Haushaltssicherungskonzept in diesem Jahr noch vermeiden. Es wäre aber nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Wir haben deshalb entschieden, die notwendigen Sparmaßnahmen nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern direkt anzugehen.

Der Haushaltsentwurf 2024 im Überblick

Bevor ich Ihnen unsere Konsolidierungsansätze in Auszügen vorstelle, möchte ich zunächst die wichtigsten Rahmendaten unseres Haushaltsentwurfs zusammenfassen:

Im Haushaltsentwurf 2024 stehen Erträgen in Höhe von 143,3 Millionen Euro Aufwendungen in Höhe von 159,9 Millionen Euro entgegen. Daraus ergibt sich zunächst ein Defizit in Höhe von rund 16,6 Millionen Euro. Die vorgesehene Überarbeitung der Gemeindeordnung NRW sieht jedoch die Möglichkeit vor, einen so genannten „globalen Minderaufwand“ von

bis zu zwei Prozent der ordentlichen Aufwendungen anzusetzen, weil der Erfahrung nach nicht alle geplanten Ausgaben im Laufe eines Jahres tatsächlich getätigt werden. Unter Berücksichtigung eines solchen globalen Minderaufwandes in Höhe von 2,4 Mio. Euro, den wir für realistisch und angemessen halten, verbleibt ein Defizit von 14,2 Millionen Euro.

Die wesentlichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

- Grundsteuer A: 375.000 Euro
- Grundsteuer B: 9,1 Mio. Euro
- Gewerbesteuer: 32 Mio. Euro
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: 28,3 Mio. Euro
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 3,8 Mio. Euro
- Hundesteuer: 327.000 Euro
- Vergnügungssteuer: 310.000 Euro
- Sonstige Erträge: 2,8 Mio. Euro.
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen: 29,8 Mio. Euro
 - z.B. Schulpauschale (1,1 Mio. Euro); Schlüsselzuweisungen (307.000 Euro)

Die zentralen geplanten Aufwendungen im Haushaltsjahr 2024 sind im Einzelnen:

- Personalkosten: 44 Mio. Euro (+ 10 Prozent)
- Versorgungsaufwendungen: 2,3 Mio. Euro
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: 22,5 Mio. Euro
- Transferaufwendungen 69,7 Mio. (darunter 17,2 Mio. Euro Betriebskosten für Kitas freier Träger; Jugendhilfe: 31 Mio. Euro)
- Kreisumlage: 22,8 Mio. Euro

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn wir uns diese Zahlen zu Gemüte führen, sollte deutlich werden, dass ich das Haushaltssicherungskonzept aus gutem Grund als einen Anker bezeichne. Hätten wir diese Möglichkeit nicht oder würden sie nicht nutzen, bliebe perspektivisch nur der Gang in den Nothaushalt – und damit die Preisgabe weiter Teile unserer kommunalen Handlungshoheit.

Das gilt es zu vermeiden. Deshalb beginnen wir mit der Umsetzung des HSK, um bis spätestens 2034 wieder einen strukturell ausgeglichenen Haushalt verabschieden zu können. Das wird allerdings enorme Sparanstrengungen erfordern – und gemeinsames Handeln.

In den vergangenen Wochen ist es nach intensiver Vorarbeit in der Verwaltung gelungen, sich in interfraktionellen Arbeitskreisen auf erste Konsolidierungsmaßnahmen zu verständigen und einen Kompass für den Haushalt 2024 zu entwickeln. Uns allen war und ist dabei wichtig, dass wir unsere Stadt auch in den kommenden Jahren gezielt weiterentwickeln und wichtige Projekte vorantreiben können. Aufgaben wie die Verkehrswende oder die Umsetzung des Klimakonzeptes bleiben natürlich bestehen. Sie werden durch ein Haushaltssicherungskonzept nicht außer Kraft gesetzt. Allerdings funktioniert dies nur, wenn ausreichend Sparpotentiale in anderen Bereichen gefunden und umgesetzt werden.

Einsparpotenziale und Konsolidierungsmaßnahmen im HSK

Einige der gemeinsam erarbeiteten Einsparpotenziale und Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen unseres Haushaltssicherungskonzeptes möchte ich Ihnen nun vorstellen:

- Der Personaletat für die kommenden Jahre wird „eingefroren“. Das bedeutet, dass wir bei auslaufenden Stellen noch genauer schauen müssen, ob eine Neubesetzung notwendig ist oder ob eine damit verknüpfte Dienstleistung entfallen oder reduziert werden kann. Allerdings ist der Spielraum hier eher gering: Wenn Sie sich die Stellenpläne der vergangenen Jahre noch einmal anschauen, stellen Sie fest, dass neue Stellen zu einem überwiegenden Teil aufgenommen wurden, um kommunale Pflichtaufgaben zu erfüllen, wie z.B. bei den Kindertageseinrichtungen oder im Bereich der Feuerwehr. Auch in diesem Jahr kommen wir nicht umhin, die Zahl der Vollzeitäquivalente (VZÄ) im Bereich Brandschutz und Rettungsdienst (+5,42 VZÄ) und Kinderbetreuung (+ 6,9 VZÄ, u.a. wegen der Übernahme der Kita Rasselbande durch die Stadt Dülmen ab dem 01.08.2024) zu erhöhen. Durch Umverteilungen, Digitalisierungsmaßnahmen und weitere Prozessoptimierungen werden wir aber im Bereich der Kernverwaltung insgesamt 2,55 Vollzeitäquivalente einsparen.

- Darüber hinaus wird es grundsätzlich eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre bei Kündigungen oder Eintritt in den Ruhestand geben.
- Die Gebäudestrategie gilt es, konsequent weiterzuentwickeln und umzusetzen. Alle Verwaltungsgebäude stehen dabei auf dem Prüfstand und, wenn möglich, werden wir uns von städtischen Objekten trennen. Ich bin überzeugt, dass es künftig nicht mehr notwendig sein wird, für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter einen eigenen, festen Schreibtisch-Arbeitsplatz vorzuhalten. Schon jetzt nutzen viele Kolleginnen und Kollegen regelmäßig und gern die Möglichkeit, mobil zu arbeiten. Darüber hinaus ist Ende des vergangenen Jahres in einigen Abteilungen erfolgreich unsere Testphase des „Arbeitsplatz-Sharings“ angelaufen. Kolleginnen und Kollegen buchen sich dabei für jeden Tag, den sie vor Ort arbeiten möchten, bequem per App einen Arbeitsplatz. Benötigen sie den Platz aufgrund von Homeoffice, Urlaub oder Krankheit nicht, steht er anderen Mitarbeitenden zur Verfügung. Die ersten Erfahrungen sind vielversprechend und ich bin zuversichtlich, dass wir auf diese Weise perspektivisch auf eine deutliche Anzahl von Schreibtischen – und somit Büroflächen – verzichten können.
- Um unseren Haushalt weiter zu entlasten, schieben wir angedachte Grunderwerbsmaßnahmen oder Bauprojekte, bei denen dies möglich ist, in die Zeit. Dazu gehören z.B. der Ausbau des Bahn-Seitenweges am Maria-Ludwig-Stift, die Erneuerung der Borkener Straße zwischen Brokweg und Stolbergstraße, einzelne Brücken-Erneuerungen oder die Endausbauten verschiedener weiterer Straßen und Wirtschaftswege. Sie fallen somit mindestens aus der mittelfristigen Finanzplanung für die kommenden vier Jahre heraus.
- Den geplanten Bauteil C an der St. Mauritius-Grundschule in Hausdülmen werden wir auf das Jahr 2027 verschieben. Mit den neuen Containern ist dort zunächst eine praktikable Übergangslösung geschaffen worden.
- Zu den Erfordernissen einer Haushaltssicherung gehört es auch, dass freiwillige Leistungen konsequent gestrichen bzw. zurückgefahren werden müssen – und dieser Punkt ist natürlich besonders schmerzhaft. Es bedeutet, dass städtische Förderungen gekürzt werden müssen. So werden wir z.B. in der Sportförderung nur noch bereits abgestimmte und begonnene Maßnahmen umsetzen und keine neuen Projekte

aufnehmen. Im Kulturbereich war die Premiere des „Wilden Wochenendes“ im vergangenen Jahr ein großer Erfolg. 2024 werden wir dennoch auf eine Wiederholung verzichten und für die Zukunft genau prüfen, ob und in welchem Turnus das Veranstaltungsformat nochmals möglich wäre. Darüber hinaus planen wir eine Erhöhung der Kabarett-Preise um 5 Euro je Ticket, eine Veranstaltung weniger beim Dülmener Sommer (wir verzichten auf das Klangspuren-Spezial) und verschiedene weitere Maßnahmen im Kulturbereich, die insgesamt zu Einsparungen von über 20.000 Euro führen werden.

- Angesichts der sehr angespannten Haushaltsslage wird die Stadt Dülmen keinerlei neue, defizitäre Aufgaben übernehmen. Dabei denke ich z.B. an eine mögliche Förderung so genannter „Dritter Orte“, wie den Kulturort St. Joseph. Solange die genauen Rahmenbedingungen über eine Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudie nicht feststehen, sind derartige Projekte, so wünschenswert sie vielleicht auch sein mögen, für uns in den nächsten Jahren schlicht und ergreifend nicht darstellbar.

Betonten möchte ich aber, dass unser wichtiges und wertvolles Bildungsangebot durch unsere Stadtbücherei, die Musikschule und die VHS unbedingt erhalten bleiben soll. Hierfür werden wir gemeinsam mit der Politik alles tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Zur Wahrheit über unsere Haushaltssituation gehört auch, dass Sparen allein nicht ausreichen wird, um die finanzpolitische Autonomie und Gestaltungsfähigkeit zu erhalten. Um unsere Finanzlage nachhaltig zu verbessern, sind wir dauerhaft auf höhere Einnahmen angewiesen. Wie ich schon mehrfach betont habe, sehe ich hier Bund und Land in der Pflicht. Doch wenn die dringend benötigte Unterstützung weiterhin ausbleibt, werden wir uns selbst helfen und zum letzten Mittel greifen müssen, das uns als Kommunen zur Verfügung steht. Insofern werden wir perspektivisch um eine Anpassung der Steuersätze nicht herumkommen. Für den Haushalt 2024 ist aktuell lediglich eine Anhebung der Hundesteuer von 84 auf 96 Euro vorgesehen, was zusätzliche Erträge in Höhe von rund 21.000 Euro ausmachen wird. Ich möchte jedoch nicht verschweigen, dass in unserem HSK nach aktuellem Stand vorgesehen ist, dass die Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuer ab dem Jahr

2026 erhöht werden müssen. Auf diese Weise wäre nach unseren jetzigen Berechnungen der Haushalt ab dem Jahr 2030 wieder ausgeglichen.

Investitionen und wichtige Projekte

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein Haushaltssicherungskonzept bedeutet bei allen Sparzwängen jedoch nicht, dass wir als Kommune keine Investitionen mehr tätigen können oder werden. Ich möchte daher im Folgenden einige der größeren Positionen im Finanzplan 2024 nennen. Natürlich werden wir uns in der aktuellen Lage auf dringend erforderliche und bereits beschlossene bzw. begonnene Projekte beschränken und nur diese weiterhin umsetzen.

Wie ich schon betont habe, macht die Bereitstellung und Instandhaltung städtischer Gebäudestrukturen dabei den Löwenanteil aus. Der Neubau der Turnhalle an der Augustinus-Grundschule sowie die weitere Sanierung des Schulgebäudes werden in 2024 fortgesetzt und mit 2,5 bzw. 1,55 Mio. Euro zu Buche schlagen, ebenso die Erweiterung der St. Georg-Grundschule in Hiddingsel mit 2 Mio. Euro. Die unaufschiebbare Sanierung der CBG-Dreifachhalle hatte ich bereits angesprochen (2,5 Mio. Euro). Für den beschlossenen Neubau der Paul-Gerhardt-Grundschule sind Planungskosten in Höhe von 500.000 Euro veranschlagt. Und natürlich läuft auch der dringend notwendige Neubau der Kita-Nord weiter, der zu einem überwiegenden Teil über eine Landesförderung refinanziert wird.

Beim Thema Schule werden wir selbstverständlich auch die Planungen für unseren Bildungscampus nicht aus den Augen verlieren und konsequent daran weiterarbeiten – alles andere wäre fahrlässig! Denn erstens haben wir in den vergangenen Jahren bereits viel Zeit und Arbeit investiert, um ein tragfähiges Konzept für die Zukunft der Kardinal-von-Galen-Schule und der Hermann-Leeser-Schule an einem neuen, gemeinsamen Standort zu entwickeln. Und zweitens wissen wir alle, dass die aktuellen Gebäude beider Schulen in ihrem jetzigen Zustand auf Dauer nicht mehr tragbar und erhebliche Investitionen ohnehin erforderlich sind. Diese werden allerdings erst fällig, sobald wir tatsächlich mit der baulichen Umsetzung beginnen. Und bis dahin werden noch einige Jahre ins Land gehen. Wir werden

daher zunächst die Planungen fortführen (veranschlagte Kosten: 500.000 Euro) und zu gegebener Zeit mit Blick auf die dann bestehenden Rahmenbedingungen weiter entscheiden.

Ein bereits beschlossenes Großprojekt ist der Neubau unserer Feuer- und Rettungswache. Im Haushalt 2024 sind 1,5 Mio. Euro für vorbereitende Maßnahmen veranschlagt. Die Vertragsverhandlungen mit dem erst- und zweitplatzierten Büro des Architekturwettbewerbs befinden sich in der finalen Phase. Ich bin zuversichtlich, dass bis Ende Februar feststehen wird, mit welchem Partner wir in die weitere Planung sowie die Ausschreibungs- und Umsetzungsphase gehen werden. Die angedachten Hochbauprojekte für die Feuerwehr in Rorup und Merfeld bedürfen noch weiterer Planung und Abstimmung und werden zunächst in die Zeit gestellt.

Die anstehenden Erschließungsarbeiten für unsere Gewerbegebiete Raiffeisenring, Dülmen-Nord und Linnertstraße sowie die angrenzenden Wohngebiete stehen ebenfalls weit oben auf unserer Agenda. Damit zumindest ein Teil dieser Maßnahmen noch in diesem Jahr beginnen kann, sind Mittel in Höhe von 1,1 Millionen Euro im Haushalt 2024 hinterlegt.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt für die kommenden Jahre wird die weitere Planung und Umsetzung der ISEK-Projekte sein. Wir hoffen auf die Bewilligung unseres Förderantrags in diesem Sommer und werden die Maßnahmen trotz der Haushaltslage nicht in die Zeit schieben, da wir sonst die Chance auf die dringend benötigten Fördergelder verlieren würden. Möglichst noch in diesem Jahr möchten wir die Überarbeitung der Gestaltungssatzung umsetzen und u.a. in den Planungsprozess für die Erneuerung des Stadtparks „An den Wiesen“ mitsamt inklusivem Spielplatz einsteigen. Für 2024 sind Mittel in Höhe von 250.000 Euro veranschlagt.

Fazit

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie können mir glauben, dass ich Ihnen an dieser Stelle lieber anderen Zahlen präsentiert hätte. Doch wir müssen nun einmal mit den aktuellen Rahmenbedingungen und Herausforderungen leben, verantwortungsvoll mit ihnen umgehen und die notwendigen Konsequenzen ziehen. Unsere wichtigsten Ziele sind es, die Handlungsfähigkeit der Stadt Dülmen

zu erhalten, ein Abrutschen in den Nothaushalt zu vermeiden und die Weiterentwicklung zentraler Zukunftsprojekte sicherzustellen – auch, wenn dies bedeutet, dass wir auf andere Dinge verzichten müssen.

Die kommenden Jahre werden „kein Zuckerschlecken“, doch ich bin überzeugt davon, dass wir es gemeinsam schaffen werden, den Haushalt wieder auf solide Beine zu stellen. Damit dies gelingen kann, ist ein breiter politischer Konsens erforderlich. Ich kann daher nur an Sie alle appellieren, die vorgestellten Maßnahmen, die wir ja zu großen Teilen bereits gemeinsam erarbeitet haben, auch weiterhin konsequent mitzutragen.

Neue Projekte, so gut und wünschenswert sie sein mögen, sind zurzeit einfach nicht drin. Um noch einmal das Bild unseres emsigen Jongleurs zu bemühen: Wir werden keine weiteren Teller in der Luft halten können, ohne zu riskieren, dass unser wertvollstes Porzellan zu Bruch geht. Also konzentrieren wir uns auf das Wesentliche – und dies sind aus meiner Sicht: gute Kinderbetreuungsplätze in ausreichender Anzahl, die Weiterentwicklung unserer hervorragenden Bildungseinrichtungen, der bedarfsgerechte Erhalt unserer Gebäude- und Infrastruktur, attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie eine zukunftsfähige Feuerwehr – dies alles im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz ausgerichteten, allgemeinen Stadtentwicklung.

Ich habe es am Anfang meiner Rede schon deutlich gemacht und möchte nun gern noch einmal darauf zurückkommen: Wir brauchen dringend die finanzielle Unterstützung durch Bund und Land, um die Vielzahl der von dort zugewiesenen Aufgaben bewältigen zu können, ohne dabei völlig unterzugehen. Ich appelliere daher nochmals an die verantwortlichen Stellen, uns Kommunen nicht länger im Regen stehen zu lassen!! Auch Sie als Politikerinnen und Politiker kann ich nur ermutigen, über Ihre Kanäle den Druck auf die Regierungen aufrecht zu erhalten und nicht müde zu werden, eine Entlastung für die Kommunen zu fordern.

Abschließend möchte ich an dieser Stelle all denjenigen herzlichen danken, die zu Erarbeitung dieses Haushaltsentwurfes und des Haushaltssicherungskonzeptes beigetragen haben: allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen aus unseren Fachbereichen und Einrichtungen, unserem Finanz-Team um Kämmerer Christian Röder und Bernhard Krunke sowie dem Team der Zentralen Steuerung um Melanie Fasselt und Carolin Sowade, aber auch allen

politischen Vertreterinnen und Vertretern in den interfraktionellen Runden und darüber hinaus.

Ich wünsche uns allen nun erfolgreiche Haushaltsberatungen und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt.

Vielen Dank.